

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Votales und Kropfisches Reich, Dreifach, für die Inzerate Rudolf Koganski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Wollenberg, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Zeitungspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanmeldungen vierteljährlich 2,70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühren: Die Zeitg. Kolonelle 20 Pfennig, Inzerate u. auswärtig 25 Pfennig, im Restamtliche Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 241.

Halle, Donnerstag den 17. Oktober 1918.

2. Jahrgang.

## Einschränkung der Militärmacht.

Die angekündigte Abänderung des Kriegsausstandesgesetzes und die Einschränkung der Macht der militärischen Befehlshaber wird durch folgende Verordnung, die der Reichsanzeiger veröffentlicht, zur Tatfache.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen auf Grund des Gesetzes über den Kriegsausstand vom 4. Dezember 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 1331) im Namen des Reichs, was folgt:

Die Verordnung zur Aufhebung des Gesetzes über den Kriegsausstand vom 4. Dezember 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 1331) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgenden Absatz 2: Der Obermilitärbefehlshaber kann Anordnungen mit verbindlicher Kraft für die Militärbefehlshaber erlassen.

2. Es wird folgender § hinzugefügt: Der Obermilitärbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Vertreter.

Urteillich unter unserer höchstselbständigen Unterschrift und beigedrucktem laienlichen Aufseher.

Gegeben Grotes Hauptquartier, den 15. Oktober 1918.

(Siegel.)

Wilhelm.

Max, Prinz von Baden.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht ferner eine an den Reichskanzler und den Kriegsminister gerichtete Order, in der bestimmt ist, daß die Militärbefehlshaber die Befehle, die ihnen auf Grund des in der Verordnung vom 31. Juli 1914 erklärten Kriegsausstandes aufgeben, nur im Einverständnis mit den von Landes- und Kreisbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden ausüben dürfen. Kommt ein Einverständnis zwischen den Militärbefehlshabern und den Verwaltungsbehörden nicht zustande, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen.

Mit der kaiserlichen Verordnung und dieser Order ist die Grundgesetz geschaffen, daß alle auf Grund des Kriegsausstandes sich ergebenden Anordnungen der Militärbefehlshaber nur in Absprache mit den zuständigen zivilen Verwaltungsstellen ergehen können, und daß sie letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt werden. (W. Z. B.)

### Der künstliche Nebel.

S. R. Die Erzeugung künstlichen Nebels ist in der modernsten Kriegführung zu einem beliebigen Kampfmittel geworden. Jeder haben die Diplomaten, welche schon immer gern möglichst tiefes Dunkel um ihre Manöver gebrüllt haben, neuerdings diese Methode ebenfalls noch vervollkommnet, und gerade gegenwärtig droht der nahehere Friedensengel wieder vollkommen in diesem Nebel zu verschwinden.

Wir Deutsche haben ja einmal der Welt das gleiche Schauspiel geboten, das uns jetzt Wilson aufspielt. Am 25. Dezember 1917 wickelten wir mit Trostik schöne Erklärungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und hüllten die Friedensbedingungen, die wir dem gänzlich geschlagenen und verlorbenen Ausland auferlegen wollten, in dichten Nebel. Aber zwei Tage später gestellte ich noch nicht das Schwert des Generals Hoffmann, noch aber die Worte Kühlmanns und Gaernins, welche die Kostrennung aller Mandatstaaten von Rußland und ihre Angliederung an die Mittelmächte proklamierten.

Auch Herr Wilson hat der Welt schöne Prinzipien geboten: Ausdehnung des Machtprinzips, Sicherstellung der Demokratie, Friedensbund der Völker. Auf sein idealistisches Programm hin hat die neue deutsche Volkregierung ihn um die Vermittlung von Frieden und Waffenstillstand erlucht. Er hat drei Bedingungen gestellt: Räumung der beleagerten Gebiete, Garantie der Friedensdurch das Volk selbst und rückhaltlose Annahme seiner Bedingungen. Diese drei Bedingungen wurden erfüllt. Dann hoffte man, Wilson werde mit seinen Verbündeten über Waffenstillstand und Friedensmöglichkeiten in Beratungen treten.

Statt dessen ist seine neue Note gekommen, zu der es sehr schwer ist, einen festen Standpunkt zu gewinnen, weil sie im Gegensatz zur ersten Note nicht scharf untrifflige Bedingungen aufstellt, sondern erneut einen künstlichen Nebel allgemeiner Redewendungen aufwirbelt, aus dem wir glücklicherweise herausgeraten zu sein glauben. Eine allgemeine Klage über die Grausamkeit der deutschen Kriegführung, ein unbefristetes Verlangen nach Beilegung über wirksamen Macht, die eigenmächtigen und geheim den Weltfrieden führen konnte und ein unabschließliches Einverständnis auf das Selbstbestimmungsrecht der militärischen Befehlshaber beim Waffenstillstand bilden den Inhalt der neuen Wilson-Note. Was will der amerikanische Präsident eigentlich? Welche Erklärung wünscht er zu hören? Was soll das neue demokratische Kabinett ihm antworten?

Wenn wir wirklich zum Frieden kommen wollen, müssen wir vor allem aus dem Mist der Kriegslüge heraus. Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, vom Waffenstillstand und von

der Fortführung des Militarismus kann man noch jahrelange reden; das bringt nicht weiter. Wir müssen Wilson aufgeben, klipp und klar zu sagen, was er noch von uns fordert. Er hat die Räumung der beleagerten Gebiete verlangt. Wir haben sie bewilligt. Was fordert er weiter? Die Einstellung des verstärkten 11-Boot-Krieges? Will er weitere verfassungsmäßige Ausbildung des parlamentarischen Regimes oder Absetzung der Hohenzollern? Will er Auslieferung der deutschen Waffen oder Belegung von Metz und Straßburg durch Ententetruppen? Er muß nur ausprechen, was er uns annehmen will. Dann wissen wir, worum es sich handelt und können annehmen oder ablehnen. Jedenfalls sind wir dann davor bewahrt, daß wenn wir die Forderungen der einen Note erfüllt haben, nach drei Tagen eine weitere Note kommt, die uns neue Zumutungen stellt. Wir wollen ein klares Gesamtprogramm dessen, was wir zur Erlangung des Friedens opfern müssen, um dann sagen zu können, ob unsere Lage dazu zwingt, ob Ehre und Interesse des deutschen Volkes ein Eingehen darauf zulassen. Aber die Hauptsache bleibt, daß wir endlich erfahren, worum wir sind.

Was das für die Fortführung der Friedensverhandlungen gilt, so auch für die militärische Gesamtlage. Der große Umschwung zu unserem Nachteil ist ja unmerkbar und offen zugegeben. Aber wie groß die Not ist, wissen wir nicht. Befiehlt noch die alte Sicherheit, daß die Front hält, oder befiehlt sie nicht mehr? Es hat nicht dem mindesten Zweck, damit in Reichsratsungen und Kabinettsberatungen Verlust zu spielen. Die breite Öffentlichkeit erfährt doch alles, was dort gesamt verhandelt wurde, nur durch das Gerücht übertrieben und aufgebauht.

Darum sollte die neue Regierung von der Seeresleitung eine Klarstellung der militärischen Lage bis ins letzte hinein rückhaltlos offen fordern und ohne jede Geheimtuererei dem Volke weiter geben. Und auf dieser Grundlage auch Offenheit von den Gegnern fordern. Sonst bereiten wir im Nebel der Unklarheiten trotz aller Mühsens den Weg zum Friedensziel.

### Zur Friedensfrage.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt redaktionell unter der Überschrift: Präsident Wilson und die öffentliche Meinung in Amerika u. a.:

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Präsident Wilson und seine Partei in schwerem Kampf gegen populäre Missstände in Amerika stehen. Präsident Wilson hat durch seine Note gezeigt, daß er in der Friedensfrage entschlossen ist, seinen Willen durchzusetzen und sich nicht zu einem brutalen Aufgeben der Friedensziele hinreißen zu lassen. Dies bewies seine Note zum 8. Oktober. Es scheint unverständlich, daß er es in seiner zweiten Note für nötig befunden hat, der Stimmung weiter amerikanischer Kreise Rechnung zu tragen, die aus dem Hebrumt eines in Verzögerungen geschauten Sieges geboren ist. Ob sich Wilson nur taktisch in dieser Richtung hat beeinflussen lassen, oder ob er dauernd Ton und Inhalt der amerikanischen Politik bestimmit hat, muß sich im weiteren Verlauf des Friedensgesprächs herausstellen.

Der Vorstand des Bundes der Industriellen hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bund der Industriellen stellt sich in dieser ersten Zeit hinter die neuegebildete Regierung und beifügt die von ihr unternommenen Friedensschritte. Selbst die zur Erlangung eines ehrenvollen Friedens zu führenden weiteren Verhandlungen nicht zu dem anstrengten Erfolge führen, ist der Verband der Industriellen bereit, gemeinsam mit der Volkvertretung und allen Parteien und Ständen des deutschen Volkes, an der Expedition der nationalen Verteidigung mitzuwirken. Der Bund der Industriellen stellt keine gemeinsame Expedition und die Arbeitskräfte seiner Mitglieder zur Verfügung, wenn es gilt, das deutsche Volk zum letzten entschlossenen Widerstand aufzurufen.

### „Das deutsche Kaiserium muß verschwinden!“

So wollen es vor allem die Engländer. Die Londoner Daily News schreiben: Die Antwort Wilsons trifft mit geräuschloser Klarheit den Kern der Frage. Das Kaiserium hat die Welt zu einem Schandmal gemacht. Das Kaiserium muß verschwinden, damit die Welt niemals wieder gescheltet werden kann. Dieser Gedanke hat nicht allein die bemaffneten Streitkräfte hinter sich, sondern auch die Unterstützung der Demokratie in jedem Lande. Das deutsche Volk wird wissen, daß sein Feind in Potsdam steht.

### Stimmungsmache der Kriegstreiber.

S. R. Vielesicht tritt an die neue Volkregierung binnen kurzen unenterrbar die fürchterlich erste Notwendigkeit heran, das Volk zum letzten verzweifelten Verteidigungskampf auf Tod und Leben aufzurufen. Dann wird auf diese Männer des Volksvertrauens das Volk hören. Aber je notwendiger es ist, daß uns dieses letzte Verzweifelungsmittel bleibt, um so trivoler ist das Spiel alldseitiger Kreise mit Kampfsund-

gebungen. Sie verbreiten ein Telegramm, das angeblich die Arbeiterauschüsse des Steinkohlenbergwerks Jollbercin, Katernberg bei Eilen, an den Reichskanzler gerichtet haben: „Das Volk wartet nur auf den Ruf der Regierung, um sich zu erheben wie ein Mann.“ Und der Arbeiterauschuss eines großen Handelskaufes in Weibert soll an den Pringen War gedrängt haben, das deutsche Volk solle lieber in Ehren untergehen, als vor der Beschichte Jammervoll seine erheben, verläßt von Kindern und Weifen. — Das sollen nur zwei Proben aus Tausenden ähnlicher Kundgebungen sein.

Jetzt erklärt nun der Arbeiterauschuss der Firma Fr. Karl vom Brud in Weibert, die in Frage kommt, meber er, noch die Arbeiter der Firma hätten dertartiges unterschrieben. Und die Arbeiterauschüsse des Bergwerks stellen fest, daß sie die Direktion zur Ermächtigung hätten, dem neuen Volksschlager das Vertrauen der Arbeiterschaft auszusprechen, den Wortlaut der Kundgebung aber weiter gehen, noch gebilligt hätten.

Wogu der Schwindel? Damit diskreditiert man nur von vornherein einen Entschluß, der, wenn er gefaßt werden müßte, den denkbar höchsten Ernst und die denkbar tiefste Tragik voraussetzte.

### Zur Reichstagswahl in Berlin I.

Die Reichstagswahlwahl in Berlin I, voraussichtlich die letzte Wahl in Berlin in einem einzelnen Wahlbezirk, verdient noch ein Wort der Würdigung. Die fortschrittliche Kandidatur Kemper war unstritten höchst unglücklich. Der Geheimnisfüchtig Kemper war viel zu eng mit der Sanierung zweifelhafter Industrieunternehmungen und mit Hausbesitzer-Interessen verknüpft, als daß er persönlich Anziehungskraft hätte ausstrahlen können. Trotzdem hat er sehr gut abgeschnitten, weil die Handels- und Kapitalistkreise, welche in diesem Kreis stark sind, ihn gerade wegen seines Bekanntheits zur Wiederherstellung der freien Wirtschaft lebhaft unterstützten und den sozialdemokratischen Kandidaten wegen seiner Propaganda für die staatliche Ordnung des Wirtschaftslebens verwarfen.

Die Berliner Nachbarn leistete sich den Scherz, die Stimmengahl der Unabhängigen übererschend hoch zu finden. Dabei kommt es natürlich darauf an, was man für sie erwartete hatte. Sie haben längst nicht ein Drittel der sozialdemokratischen Stimmen aufgebracht — 500 gegen 1700. Aber sie haben nur die Stichwahlparole auszugeben, und man darf gespannt darauf sein, ob sie wenigstens jetzt einen Teil sozialistischen Gemeingefühls im Kampf gegen einen ausgereiften Vertreter der Kapitalisteninteressen an den Tag legen.

### „Unabhängige“ Demonstrationen.

Wolffs Bureau meldet aus Berlin: Gestern nachmittag veranstalteten die Unabhängigen Sozialdemokraten eine Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude. Zunächst hatten sich ungefähr 700 Personen eingefunden, welche von der Polizei ohne Befehlsgewalt getrennt wurden. Später gelang es einer größeren Anzahl von Kundgebern, die sich noch durch August Kuehlinger verstaute, durch das Brandenburger Tor in die Straße unter den Linden einzudringen. Sie gelangten unter Jählen und Schreien bis zur Charlottenstraße, wo sie von der Schutzmacht mit der blauen Waffe zerstreut wurden. Es fanden im ganzen drei Festnahmen statt.

Offenbar wollten die Unabhängigen auf die am Tage zuvor in 1. Berliner Wahlkreis erlittene Niederlage durch den Augenblick beneiden, daß sie wenigstens gelegentlich auch noch da sind. Und das von keinerlei neuzeitlichem Geiste angeführte Berliner Volkseigentum ist ihnen dabei erfolgreich beifällig gewesen.

### Parlamentarisierung in Bayern.

München, 16. Oktober. In der heutigen Eröffnungsung der außerordentlichen Tagung der bayerischen Kammer gab Ministerpräsident D. Dandl längere Erklärungen über die äußere und innere Lage ab. Er betonte dabei den Charakter des Kampfes als Verteidigungskrieg, aus dem die Waffentatere des Feindes und des deutschen Volkes unbestreitbar hervorgegangen ist, und das Erstreben nach einem Frieden der Völkervereinigung im Geiste der Gerechtigkeit und nach einem dauernden Frieden, der aber nur eintreten könne, wenn seine keine entzünden, unsere nationale Lebensbedingungen verändernden Bedingungen zugemutet würden. Der Ministerpräsident betonte ferner die Reichstreue Bayerns und das unerschütterliche Festhalten der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches. Schließlich kündigte er einen Belehntwurf über die Neugestaltung der Kammer der Reichsräte an und erklärte die Bereitwilligkeit der bayerischen Regierung, mit den Kammer zu erörtern, in welcher Weise unter Berücksichtigung der berechtigten Verhältnisse die Mitglieder der Volkvertretung zu den Regierungsgeschäften herangezogen werden können.

Die liberale Sozialfraktion hat in der Kammer der Abgeordneten folgenden Antrag eingebracht: Da heutige Lage und die Längehaltung des Verfassungslebens im Reich erfordern auch für Bayern ein neues Regierungssystem und möglichen Einfluß bei

Wahlbeziehung auf die Zusammenziehung der Regierung. Zur Erfüllung in Führung der Geschäfte und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in dieser schweren und erregten Zeit ist es notwendig, der Regierung ein Vertrauen zu sichern, das ein hohes Vertrauen in Vertrauen, besonders unter den heutigen Verhältnissen, nicht besitzt. Parteien des Landes müssen unverzüglich durch die notwendigen Reformen in die Lage gesetzt werden, durch Würden ihres Vertrauens die Verantwortung für die Regierung mit zu übernehmen, und haben andererseits die Verpflichtung, sich dieser gemeinsamen Verantwortung nicht zu entziehen.

## Der Krieg im Westen.

### Der deutsche Abendbericht.

mit. Berlin, 16. Oktober abende. (Antizip.) Fortschrittlich von Weizsäcker, am 12. Oktober, bei Straßburg, während der Fahrt nach auf dem Schiffe der Naass hind feindliche Angriffe gefestigt. Die von französischen Richtungen angeführte Stadt Dornum liegt unter dauerndem Feuer schwerer englischer Artillerie. Der Feind beschloß gestern die von und während des Krieges sorgsam gesicherte Kanalbarriere von Effle.

Berlin, 16. Oktober. Die Vorbereitungen zum Kampfe im Westen sind in der Nacht zum 16. mit schwerer Artillerie beschaffen. Das Schicksal der Le Duquesnois war am 14. das Ziel schwerer englischer Granaten.

Am 15. Oktober, am 14. und 15. verurteilten feindliche Bombenwürfer in Le Duquesnois, Gilmley und Baoui Verweise unter der Zivilbevölkerung.

### Die französische Zivilbevölkerung und ihr Abtransport.

Da sich in der Gegend von Cambrai und Douai schon modernsten schwere Kämpfe abspielten, hat sich die Abtransportbevölkerung der Zivilbevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die englische Kanonen die Stadt zu beschützen begannen, ge... mit.

Die Abtransportbevölkerung war eine sehr schwierige Sache, da vor allen Dingen die Umsorgung der Schlachttoten und Verwundeten im Vordergrund stand. Die Abtransportbevölkerung wurde durch öffentliche Anstalten im Vordergrund der Abtransportbevölkerung durchgeführt. Die englische Kanonen die Stadt zu beschützen begannen, ge... mit.

Auf den Westfronten Nordfrankreichs transportierte man Geiseln, Frauen und Kinder, die von den Anwohnern des Feindes auf den Sandstränden nicht gewaschen werden konnten. Es wurden Schiffe des Küstenverkehrs, die zum Transport von Geiseln und Verwundeten, die von den Anwohnern des Feindes auf den Sandstränden nicht gewaschen werden konnten. Es wurden Schiffe des Küstenverkehrs, die zum Transport von Geiseln und Verwundeten, die von den Anwohnern des Feindes auf den Sandstränden nicht gewaschen werden konnten.

### Oesterreichischer Heeresbericht.

mit. Wien, 16. Oktober. Unzulässig verlaubar: Auf dem Boscho Koffo verteilten unsere Sicherungskorps einen italienischen Dolch.

In Serbien und in Albanien vollziehen sich unsere Bewegungen und Maßnahmen ohne Einwirkung des Gegners. Der Ober der Generalstabes.

## Der Stand der preussischen Verfassungsfrage.

Die unter dem Druck der allgemeinen Lage zustande gekommenen Beschlüsse der Wahlrechtskommission des Herrenhauses, denen ohne Zweifel in seiner nächsten Sitzung das Verlangen des Herrenhauses zustimmen wird, beachten alles in allem ein dem geistigen Stand der Verfassungskommission, sondern in einigen Punkten sogar gegenüber der Regierungsvorlage. Die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Beschlüsse des Abgeordnetenhauses sind die folgenden: Befestigung jedes Wahlrechtsvertrages und Wiederherstellung des gleichen Wahlrechtes gemäß der Regierungsvorlage. Befestigung aller schiedlichen, besonders gegen die minderbemittelte Bevölkerung gerichteten Ausnahmegründe vom Wahlrecht, Wiederherstellung des heute geltenden Wahlrechtsstandes, der das Wahlrecht an eine Aufenthaltsdauer von 6 Monaten in einer Gemeinde knüpft, gegenüber einer Parazentzeit von 12 Monaten, und so in der Regierungsvorlage, und einer Parazentzeit von 2 Jahren, wie die früheren Beschlüsse des Herrenhauses vorgesehen hatten.

Ferner ist die Bestimmung befreit worden, daß nur wahlberechtigter ist, von mindestens 3 Jahre Freizeit ist. Auch die gegen Berlin gerichteten Ausnahmestimmungen in der Frage der Aufenthaltsdauer sind von der Herrenhauskommission getrennt worden.

Der Probers, der nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses den Charakter eines aus schließlich gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetzes trug, ist in ein allgemeines Recht nach der Art des neuen Reichstagsgesetzes umgewandelt worden. Schließlich ist auch die vom Abgeordnetenhause eingeführte Wahlrechtsbeschränkung gegenüber einer Parazentzeit von 12 Monaten, wie die früheren Beschlüsse des Herrenhauses vorgesehen hatten, durch die gegenwärtige Bestimmung ersetzt worden.

Unter dieser Voraussetzung wird nunmehr die heute geltende, seit 70 Jahre alte Wahlrechtsverteilung gestellt, die ausschließlich auf die agrarischen Interessen zugeworfen ist.

Unter dieser Voraussetzung wird nunmehr die heute geltende, seit 70 Jahre alte Wahlrechtsverteilung gestellt, die ausschließlich auf die agrarischen Interessen zugeworfen ist.

weiter werden alle jene Bestimmungen darunter gestellt, die das gegenwärtige Verhältnis von Staat, Kirche und Schule ordnen. Um die ganze Tragweite dieser Bestimmungen zu erkennen, ist es erforderlich, die drei in Frage kommenden neuen Artikel A, B, C im Wortlaut anzuführen:

A: Die nach der geltenden rechtlichen Regelung des Wahlrechts zu erwerbenden und künftigen Rechte auf Grund des Wohnorts (Gewohnheitsrecht) (1) der Familien (II) diesen Rechte und ihren Einziehungen, Verbindungen, Gemeinden, Anhalten, Stiftungen, Heiligtümern und Kirchenämtern ausübenden Befugnisse und Einkünfte werden gewährleistet.

B: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgemeinschaft bleiben im Besitz und im Genuß der für ihre Kultur, Unterrichts- und Wohlfahrtszwecke bestimmten Anhalten, Stiftungen und Fonds.

C: Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1908 (Gesetzsammlung Seite 888) gewährleistet.

Es erhebt sich im höchsten Grade bedauerlich, daß es nicht gelungen ist und auch nicht gelangen wird, alle diese höchst lästigen Bestimmungen aus dem preussischen Reformwerk auszumerzen! Mit diesem Schutt desto gründlicher aufzumauern, wird die erste und wichtigste Aufgabe des ersten, auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes zusammengeordneten Abgeordnetenhauses sein!

## Die Auflösung Oesterreich-Ungarns.

In Oesterreich-Ungarn vollzieht sich eine Entwicklung, die Deutschland aus starkem Bereich. Gleichgültig, ob das Donauraum von der Seite Deutschlands treu auswart oder nicht, wird seine Zukunft uns nicht unberührt lassen. Aufgabe der deutschen Politik ist es, für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein und auch im schlimmsten Fall künftige Chancen nicht zu verfehlen.

Nach in Oesterreich und Ungarn werden Ministerien gebildet, die von der Öffentlichkeit, besonders Willson, als verhandlungsfähig angesehen werden können und die das Vertrauen für die Durchführung des 10. Punktes des Wilsonschen Programms genießen, der lautet:

Den Vätern von Oesterreich-Ungarn, deren Maß unter den anderen Nationen wir sicherstellen zu sehen wünscht, muß die erste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Willson regiert damit nicht Oesterreich-Ungarn als Staatsverwalter, aber er verlangt seine Umgestaltung an Haupt und Gliedern. Doch ist durchaus fraglich, wo die angebotene Entwicklung enden wird. Die Ungarn wollen das Verhältnis mit Oesterreich auf die Personalunion beschränken, die bisher gemeinsamen Angelegenheiten (auswärtige Politik, Heer, Marine, Staatsfinanzen, Verwaltung Bosniens und der Herzegovina) trennen und damit den bisherigen dualistischen Aufbau des Staates beseitigen. In den Vorläufern, die diese Lösung am radikalsten vertreten und mit ihr die national-ungarischen Forderungen von 1848 wieder aufnehmen, gehört auch der bekannte jazykissche Graf Michael Karolyi.

Die Polen stehen den national-polnischen Staat an und haben dem Kaiser bei der Prüfung der Abgeordneten und heraus erklärt, daß ihr Schicksal von den Beschlüssen des Warschauer Regentchaftsrats abhängt. Die Tschechen verlangen den tschechoslowakischen Staat, die Südslaven den südslawischen, und zwar mit allen Souveränitätsrechten. Beide Bewegungen drohen nicht nur Oesterreich, sondern auch Ungarn zu zertrümmern, wo die Magyaren ihre Vorbereitungen bisher ungleich sicherer behaupten konnten als die Deutschen in Oesterreich. Schließen sich Südslaven wollen keine gemeinsamen öffentlichen Angelegenheiten mehr aufnehmen, sein gemeinsames Wirtschafts- und Steuergebiet, keine gemeinsamen Eisenbahnen etc. Wenn es an sich denkbar ist, daß die österreichischen Völker einen Staatenbund bilden, so ist dieser Gedanke doch nur ausführbar, wenn das einheitsliche Wirtschaftsgebiet ungeschmälert erhalten bleibt. So wären die Deutschösterreicher mit ihrer stark entwickelten Industrie und ihrem fargen Ackerboden zu Arbeitslosigkeit und Hunger verurteilt. Darum verlangt auch Otto Bauer, dessen Sozialismus immer einen großdeutschen Einschlag getragen hat, in der Arbeiterschaft, daß die slavischen Nationen den Deutschösterreichern als Käufer und Verkäufer freien, durch seine Zollschranke behinderten Zutritt zu ihren Gebieten gewähren oder sich mit dem Vordrängen der Deutschösterreicher an das deutsche Reich abwenden. Diese Alternative hat Karolyi, sei es behörers nötig, weil eben den Deutschösterreichern keine gemeinsamen unabhängigen Landkomplex darstell, sondern durch höchliche Seidelungen getrennt ist, so daß nicht die Bildung eines, sondern dreier deutschösterreichischer Nationalstaaten nötig wird: eines immerösterreichischen, nordböhmischen und westslawischen.

Wenn solche oder ähnliche Bedenken in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie gestellt, so schienen sie bedeutungslos, weil sich das deutschösterreichische Bürgertum nicht um sie kümmerte und in einem Stunden sah gegen die Arbeiterschaft hineingelegt hatte. Heute steht es am Grabe seiner Hoffnungen und hat sich in seiner Willkürhaft geradezu bedingungslos unter die Führung der deutschösterreichischen Sozialdemokratie gestellt.

Eine geniale Vorgangung kann die weitere Entwicklung in Oesterreich-Ungarn dadurch erfahren, daß Willson die österreichisch-ungarische Note bis jetzt überhaupt nicht beantwortet hat, sei es weil er der österreichisch-ungarischen Regierung das Recht abspricht, im Namen ihrer Völker aufzutreten, sei es, weil er das noch mit Deutschland verbundene Oesterreich gesichtslos übersehen wollte. Die Folge ist jedenfalls große Unruhe in Wien und Jurisdiction in der polnischen Umwandlung des Staates aus der begrifflichen Vorrichtung, dem Feinde nicht freiwillig und ohne besondere Aufforderung mehr zu geben, als er selbst ernennt.

## Der Parteitag der französischen Sozialisten.

Die Resolution, mit deren Annahme die bisherige Arbeit der französischen Sozialdemokratie zur Mehrheit wurde, enthält ein ausführliches Programm der sozialistischen Friedensaktion. Die Partei erklärt, daß die Willkür die Notwendigkeit des Beschlusses der sozialistischen Friedensaktion ist, ein Regime einzuführen, nicht nur in den Klassen, auch die nationalen Grenzen hinweg. Sie erklärt sich solidarisch mit der nationalen Verteidigung und betont gleichzeitig ihre Treue zur Internationalen, welche allein durch die Abfassung der Beherrschung der öffentlichen Angelegenheiten durch Frieden und Gerechtigkeit und durch die Beseitigung aller den Künftigen den Nachkommen aufgegeben dem Reichsgruppen den Dauerfrieden vorbereiten kann.

Der Kongreß betont, daß die Sozialisten in Frankreich wie überall seine Aufgabe in voller Selbständigkeit ohne Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien erfüllen soll und weißt die

neuen Experimente von Zusammenarbeit zurück, weil die vergangenen zeigen, daß eine solche Politik nur die Reaktion im Inneren und den Imperialismus nach außen hin fördert. Die Partei wird die durch den Krieg bedingten geistigen Freiheiten freizusetzen verbieten. Sie ruft das Volk zur Bewältigung der Aufgabe auf, sie protektiert gegen die Zentralisation und Wagnis-Regelungen besonders der Vertrauensmänner in der Kriegs-Industrie und gegen das Selbstbestimmen der Arbeiter, sie gleich mit Willigen Eisenwaren mit Rohstoffen und Spezialarbeiten. Die Partei verurteilt die Willkür der Proletarier, seine Anforderungen zur Bewältigung des künftigen Konflikts zu verweigern.

Die von den Regierungen bekämpfte Internationalistische Sozialistenbewegung muß unabhängig bestehen; sie allein kann alle Bedingungen, jenen und den das ausschließen, welcher neue Konflikte entgleiten könnte. Die Partei ist bereit, sofort der Einladung Duboussans, Prantings und Troeltschs Folge zu leisten. Die Regierungen beider Krieggruppen widerlegen sich der Einberufung der Internationalen.

Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen müssen ihre Kräfte vereinen, um diese Verarmung durchzusetzen. Im Sinne des Kongresses der englischen Gewerkschaften wird die Partei alle Regierungen bekämpfen, welche namentlich die Besatzung der Internationalen hindert, ebenso alle Regierungen, welche die Internationalen in die Lage versetzen, eine gemeinsame Friedensbewegung abzuwehnen. Die Partei beauftragt den Parteivorstand und die Fraktion, alle möglichen Mittel infolge der Arbeitsteilung anzuwenden, und billigt den Beschluß des letzten Kongresses der Sozialdemokratie, namentlich die parlamentarische Aktion mit der nichtparlamentarischen zu verbinden. Die Partei verzichtet auf die Forderung der Selbstbestimmung. Sie wird alle legitimen und gegenwärtig realisierbaren nationalen Forderungen bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages möglichst unterstützen, aber sie erwartet von einem beiderseitigen emporsteigenden Sozialismusführer geführten Krieg keine wirtschaftliche Lösung. Sie widersteht sich energig jedem Programm, welches zu solchem Zweck den Krieg verlängern würde. Die Partei untersteht sich alle Bemühungen, in der heutigen Gesellschaft ein Minimum von Friedensaktionen, namentlich die Friede in der Gesellschaft der Nationen zu schaffen. Sie wird sich bereit erklären, die Intention der Entente in Rußland. Die Partei wiederholt die Forderung der Selbstbestimmung. Sie wird alle legitimen und gegenwärtig realisierbaren nationalen Forderungen bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages möglichst unterstützen, aber sie erwartet von einem beiderseitigen emporsteigenden Sozialismusführer geführten Krieg keine wirtschaftliche Lösung. Sie widersteht sich energig jedem Programm, welches zu solchem Zweck den Krieg verlängern würde. Die Partei untersteht sich alle Bemühungen, in der heutigen Gesellschaft ein Minimum von Friedensaktionen, namentlich die Friede in der Gesellschaft der Nationen zu schaffen. Sie wird sich bereit erklären, die Intention der Entente in Rußland. Die Partei wiederholt die Forderung der Selbstbestimmung. Sie wird alle legitimen und gegenwärtig realisierbaren nationalen Forderungen bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages möglichst unterstützen, aber sie erwartet von einem beiderseitigen emporsteigenden Sozialismusführer geführten Krieg keine wirtschaftliche Lösung.

Die Unterzeichnung des Friedens muß die Einleitung des großen Werkes der wirtschaftlichen Umgestaltung sein, nicht der Krieg um Elemente vorbereite. Die Erhaltung der Einheit antreibt, beurteilt die Partei die Abbrüche jener, welche im Kompromiß mit der bürgerlichen Gesellschaft Parteiabteilungen jenen. Bei der Erneuerung der Welt können die französischen Proletarier nur Proletarier der Internationalen zu schaffen haben.

Das meiste von dem, was die französische Revolution enthält, findet unter industrieller Anerkennung und Willigung, namentlich die starke Betonung des sozialistischen Sozialismus und die Unterzeichnung der Unabhängigkeit aller Friedensaktionen in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. In einem Punkte müssen wir uns nützlich mit den französischen Gewerkschaften abgeben, das ist der Einsatz in eine bürgerliche Gesellschaft. Aber hier erlaßt sich unsere Differenz, sofort durch die vollkommene Berechtigung der Lage in Frankreich und Deutschland.

## Politische Uebersicht.

**Deutsches Reich.**  
**Amnestierte.**  
Kurt Eisner, der während des Januarkriegs in Haft genommen wurde, hat nach Leipzig überführt werden sollte, ist jetzt aus der Haft entlassen worden. Auch ist der unabhängige Abgeordnete Dietmann aus der Haft entlassen worden. Der größte Rest seiner fünfjährigen Strafe wurde ihm erlassen.

### Vergütung der Rentenabgabe.

Die Abgeordneten Davidsohn und Stüden haben an den Reichstag folgende Anfrage gerichtet:  
Gemäß der Verfügung des Königl. preussischen Kriegsministers vom 22. Juli 1918 sind den Kriegsbetroffenen vom 1. Juli 1918 an Zulagen auszu zahlen. Im Kriegsrente- und in anderen Kreisen sind die Betroffenen nicht gekümmert worden. Anträgen der bezugsberechtigten Kriegsbetroffenen sind unbeantwortet.

Im dem Herrn Reichstaggeber die Mithilfe gegen eine entsprechende Verfügung beantragt? Was denkt der Herr Reichstaggeber zu tun, um der Verfügung Geltung zu verschaffen?

**d. Batsch lebt ab!**  
Wolffs Bureau meldet aus Rängsbereg: In der Nacht, die über Oberprähnen von Batsch als Richter des Staatsrates von Wolzow in Aussicht genommen ist, erfahren wir von zukünftiger Stelle: Eine amtliche Anfrage ist an den Oberpräsidenten von Batsch in dieser Richtung nicht eingegangen. Auf eine vertrauliche Nachfrage hat dieser erklärt, daß es ihm, aus absehen von sonstigen schwerwiegenden sonstigen Bedenken, unmöglich sei, seinen künftigen Posten anzunehmen.

### Protest der Deutschen in der Provinz Posen.

Die politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Organisationen der Deutschen in der Provinz Posen haben folgende Rundgebung beschlossen und die Reichsleitung sowie den Fraktionen des Reichstags telegraphisch übermitteln:  
In einem Aufreiß verurteilt die Polen unter Verurteilung auf das Reichsgebiet der deutschen Regierung und unter unrichtiger und unvollständiger Wiedergabe der Willson'schen Note die Breitung der ehemals polnischen Landbestände von Preußen und ihre Vereinigung mit dem neu zu gründenden polnischen Staat. Wir Deutsche in der Provinz Posen weisen diese von berechtigten Interessen abzuhängende Politik zurück, die den Willson'schen Bedingungen keine Erläuterung finden. Mehr als 800 000 Deutsche wohnen in der Provinz Posen, in allen Kreisen sind Deutsche in großer Zahl. Sie haben ihre Heimat, sie besitzen mehr als die Hälfte des Grund und Bodens und des Hauersvermögens in der Provinz Posen; die meisten sind in den verschiedenen Berufen, in allen Kreisen sind Deutsche in großer Zahl. Sie haben ihre Heimat, sie besitzen mehr als die Hälfte des Grund und Bodens und des Hauersvermögens in der Provinz Posen; die meisten sind in den verschiedenen Berufen, in allen Kreisen sind Deutsche in großer Zahl. Sie haben ihre Heimat, sie besitzen mehr als die Hälfte des Grund und Bodens und des Hauersvermögens in der Provinz Posen; die meisten sind in den verschiedenen Berufen, in allen Kreisen sind Deutsche in großer Zahl.

### Angedachte Ermordung von 500 deutschen Offizieren.

Die vor einigen Tagen von einer Wiener Zeitung ausgegangene Presse-Nachricht betreffend die Ermordung von 500 deutschen Offizieren durch tschechoslowakische Truppen in Kasan ist bisher in keiner Weise bestätigt worden. Sofort nach Auftauchen des Gerüchtes haben die zuständigen amtlichen Stellen alle nötigen und möglichen Ermittlungen in die Wege geleitet. Sobald ein Ergebnis vorliegt, wird es veröffentlicht werden.

Die Richtigkeit der Meldung muß schon deshalb bezweifelt werden, weil, soweit bekannt, zur angegebenen Zeit sich in Kasan überhaupt keine deutschen Offiziere befanden haben. Ueber die von Obigen Enden. Mit abtransportierten Offiziere ist nicht bekannt gemacht worden, daß sie von Kommando hinaus gelangt wären.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Krampficht. In Namern fecht der Feind keine Angriffe fort. Der Hauptstoß richtete sich auf Tournai und gegen die Bahn Jügen-Artort.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Soeben und der Dife griff der Feind erneut nach harter Artillerieeinführung an. Nördlich der Straße Sion-Alfionville richtete wir ihn durch unsere Feuer nieder.

Heeresgruppe Galtlin.

Zwischen den Kronen und der Maas fand erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unferem Feuer und an unferen Gegenständen gefolgt. Der Feind hat auch seinen Zug Einiges westwärts überlegene Kräfte, harter Artillerie und trotz Unterhütung durch Panzerwagen nur wenig befriedigt.

Der Erste Quartieriermeister. Lubendorf.

Staatssekretär Bauer über die Kriegsanleihe: Es komme, wie es wolle, die Kriegsanleihe ist gesichert, dafür wird Reichs- und Regierung sorgen.

unter dem falschen Namen Waldschampignon in den Handel kommt, des ihm anhängenden toxischen Giftstoffes wegen die Clebrheit zu vermeiden.

Der Grippe. Epidemisch tritt in den letzten Wochen die Grippe in ganz Deutschland vermehrt und bisweilen recht bösartig auf. Auch in unserer Stadt ist leider ein nicht unbedeutendes Anzeichen der Krankheitsfälle zu verzeichnen.

Im Straßengassenraum abmattete geworden. Eine Konvaleszenz wurde in einem Straßengassenraum auf dem Bahnhofsplatz und einer Obdachlosengasse. Sie mußte mit dem jüdischen Krankenwagen ihrer Wohnung zugeführt werden.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadtheater. Heute Donnerstag, Erstausführung 'Wer zuerst kommt' hierauf. Der 'Eiserne' Bühnenbau-Aufführung beginnt punkt 7 Uhr. Freitag 'Fidelio', vorher 'Wer zuerst kommt'.

Gesellschaftsvereine im Zoologischen Garten. Für das Winterhalbjahr 1918/19 sind bereits die im Zoologischen Garten stattfindenden Gesellschaftsvereine der Stadtheater-Gelehrten festgestellt worden.

Halle'sche Kriegsverluste.

- Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. 8. 8. leicht verwundet. Fadenberg, Kurt, Uffz., 11. 11. schwer verwundet. Jernias, Kurt, 11. 5. durch Unfall verletzt 21. 11. 17. Jungblut, Kurt, 14. 5. aus Gefangenenschaft zurück. Köhmann, Gottfried, 17. 8. leicht verwundet. Wobius, Otto, 21. 8. gefallen. Reichardt, Willy, Gefr., 6. 7. leicht verwundet. Heiler, Hermann, Uffz., 20. 11. schwer verwundet. Hum, Kurt, 1. 12. leicht verwundet.

Der Mangel an Fischzucht.

Zur Lage des deutschen Fischmarktes wird geschrieben: Die jeit längerer Zeit recht unruhigen Lage des deutschen Fischmarktes ist eine Folge seiner Abhängigkeit und heutigen Abhängigkeit von den nördlichen Fischern. Aber den in dieser Zeit sehr empfindlichen Mangel an Fischzucht brauen man nicht zu ignorieren.

Anbaugebiet Kennzeichnung Streifen.

Es aus Anlaß des Berliner Streits im Frühjahr 1918 wird alle noch im wesentlichen Alter stehende Leute, die in diesen Betrieben tätig waren, einfach zum Militär eingezogen worden. Die Sozialdemokraten haben dagegen im Reichstag förmlich protestiert, leider zu geringem Erfolg.

\* Auf die Anträge auf Freigabe von Petroleum, Bergen oder Karbid, welche schriftlich an die städtische Petroleumkommission gerichtet worden sind, erfolgt nur in Ausnahmefällen besondere Zustimmung.

\* Wandergewerbesteuer. Die höchsten Einkommen, die im Jahre 1919 ein Wandergewerbe beginnen oder fortsetzen wollen, können die Aufsetzung der Wandergewerbesteuer in Höhe von heute ab im Volkwirtschaftsbüro, Hauptstadtplatz 4, Zimmer 94, beantragen.

Zwischen Himmel und Erde.

Und doch war es dieselbe Blume. Sie las es. Wie ward ihr, als sie las, es war dieselbe Träne um Träne würde aus dem Papier und aus ihnen qual ein rosiges Licht und sie hätte die engen Wände des Schließens. In dem Duft legte sich ein Morgenwind hall, und durch die Blätter blauer Himmel lacht und goldne Höhen.

Zwischen Himmel und Erde.

Das Leben in dem Hause mit den grünen Wänden wurde immer schmerzlicher. Die gegenwärtige Entfremdung der Gatten nahm mit jedem Tage zu. Kreis Mettenmaier behandelte die Frau immer rüchsigstlos, wie seine Lieberzwingung wurde, durch Schamung sie nicht mehr zu gewinnen. Diese Lieberzwingung floß aus der immer fälteren Miße der Verdämung, die sie ihm entgegensetzte; er dachte nicht, daß er selbst sie zu dieser Verdämung zwang.

# Aus der Provinz.

**Verleumdung.** Die täglichen Opfer. Einem freien Betrag fiel eine Schwärzer aus einem hiesigen Refektorium zum Opfer. Sie kam mit der elektrischen Bahn von Halle und hatte einen schwarzen Rock an, der sie in der Ungelegenheit der Verleumdung unterstellte mit der Meinung, daß ein Soldat den Koffer abholen konnte. Als dieser erschien, war der Koffer bereits abgeholt, und zwar von einem etwa 24jährigen Mann, der angeblich den Vorgang beobachtet hatte. Leider konnte keine Personalbeschreibung von dem Betrüger gegeben werden. Die Schwärzer erlitt durch den Diebstahl einen Verlust von etwa 600 M.

**Wittensfeld.** Schwärzer Geschwinnfall. Der Gehilft mit Namen hier (Wittensfeld) fuhr mit einem Geschirr auf der Leipziger Schanze. In der Nähe des Greizerplatzes wurde von einem Dieblisten Aufkommen, in dem zwei Damen saßen, überholt. Aus noch nicht festgesetzter Ursache scheuten die Pferde dieses Wagens; die Frauen wurden herausgeworfen, überfahren, auch sonst durch Schreierei verletzt. Nach der Befreiung des Wittensfeld wurden die Damen durch die Polizei von Wittenberg abgeholt und in ärztliche Behandlung gebracht.

**Quertier.** Gelehrter vom Zuge erfaßt. Kurz vor der Station Sperdiebühl ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der von Quertier 817 abfahrende Personenzug fuhr in ein dem Wittensfeld gehöriges Gebäude, welches den schmerzhaften Weg nahe der Siegelt in dem Momente passierte, als der Zug heranbrauete. Während die beiden Pferde umverletzt blieben, wurden der Weichhirscher Kaiser, Vater von fünf Kindern, sofort getötet, eine Frau und ein Kind schwer verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

**Wittensfeld.** Zwei Schweine gestohlen. In einer der letzten Nächte wurden aus einem Grundstück zwei Schweine gestohlen und gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet. Von den Dieben fehlt jede Spur. — In derselben Nacht wurde im Hofe des Kreisrentenbauhauses ein Schweinegeschloß verurteilt. Durch das Einzelnkommen des Inhabers und des Polizeipersonals wurde der Dieb verurteilt, den Hof des Wirtensfelds und den Hof des Wirtensfelds im Dunkel der Nacht.

**Wittensfeld.** Zwei Rüge aufgenommen. Jedemfalls infolge falscher Weichenstellung stießen in der Nacht zum Montag am südlichen Ende des Bahnhofs ein in den Bahnhof einfahrender Güterzug mit einem Personenzug zusammen. Glücklicherweise wurde nur dem Personenzug niemand verletzt, und die auch der Materialschaden ein verhältnismäßig geringer.

**Wittensfeld.** Während sich nachmittags die Collegenstraße 46 wohnende Arbeiterin Anna Petz in einer Kammer zum Schlafe niederlegte, hat sich ein Dieb in die nebenan befindliche Stube eingeschlichen, einen Kleiderkasten erbrochen und daraus für 420 M. Kleidungs- und Wäscheutensilien und 570 M. in bar gestohlen.

**Wittensfeld.** Zwischen die Buffer geraten. Der Anfang dieses Jahres zum Eisenbahndienst kommandierte Stellvertreter Adam hier am Sonnabend von seiner Maschine herunter, um die Lampen auszuwechseln. Er kam zwischen die Buffer der Maschine und eines Wagens und erlitt bedeutende Quetschungen am Leibe. Seine Heberführung erfolgte nach dem Krankenhaus zu Torgau, wo sich der Tod am Sonnabend eintrat. Er war von schwerer Verwundung zum Tode gekommen. Er hinterließ eine Ehefrau, die sich um die Pflege und die Erziehung der Kinder kümmert, und zwei Kinder.

**Wittensfeld.** Zwei Pferde gestohlen. Ein überaus wertvoller Pferdebestand wurde im Gehöft des hiesigen Gutbesizers Alfred Weber verurteilt. Frühmorgens fand man den Stall erbrochen und zwei wertvolle Pferde (eine 7- und 1-jährige) gestohlen. Die Pferde wurden in der Nähe von Halle gefunden, nachdem sie eine Reibung von 500 M. ausgeübt für denjenigen, der auf die Spur des Diebes weisen kann.

**Wittensfeld.** Kalb und Gänse gestohlen. In Sobersleben wurden ein Kalb und zwei Gänse, in Remsdorf eine Partie Wäsche gestohlen. Auch Rechenmittel und Bekleidungsgegenstände sind gestohlene Diebesbeute.

Auf Grund des § 14 des Umhänftengesetzes vom 21. Juli 1918 werden diejenigen Personen (Gewerbetreibende, Verleiher, Gerichtsnotzähler usw.), welche die in § 8 genannten Gegenstände (Zuggegenstände) umlegen, aufgeführt, sich innerhalb 3 Tagen schriftlich oder mündlich beim Umhänftamt — Kaiserstraße 6111, Zimmer 125, — vor dem 9 bis 12 Uhr vormittags — anzumelden.

Die Anmeldung muß enthalten: Name (firma), Wohnort (Sitz der Zeitung), Straße und Hausnummer des Unternehmens und Angabe der Gegenstände, die das Unternehmen umlegt oder die Zeitungen, die es ausführt, nach handelsüblicher Bezeichnung.

Halle, den 12. Oktober 1918.

Umhänftamt für den Stadtkreis Halle.

**Dr. Ed. David mer:**

# Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Herr David mer in einem vor dem höchsten Handlungsmittel der Menschheit in der Geschichte, dem Kriege, beantwortet. Diese Frage ist nicht vorliegend, sondern sie ist in dem Kriege selbst enthalten. Sie ist die Frage, die die Menschheit in der Geschichte beantwortet hat. Sie ist die Frage, die die Menschheit in der Geschichte beantwortet hat. Sie ist die Frage, die die Menschheit in der Geschichte beantwortet hat.

In beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

**Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!**

**Wittensfeld.** Edlechter Danl. Vergangene Woche wurde der Frau Emilie Gedde hier, als sie sich auf kurze Zeit entfernt und die Tür nicht verschlossen hatte, von zwei jungen Burken im hiesigen 240 M. in bar und die Uhr bei der Verleumdung des Koffers gestohlen. Die Burken hatten nach der Verleumdung, im Koffer Eisen zu brennen, was sie auch bekamen. Leider waren sie, als der Diebstahl bemerkt wurde, über alle Berge.

**Wittensfeld.** Vermißt. Am Freitag hat sich der Schulknabe Otto Weipich von hier aus der elterlichen Wohnung entfernt. Wer etwas über seinen Verbleib erfährt, möge es der Polizeibehörde melden.

# Burian über die politische Lage.

Im Ausschuss der ungarischen Delegation für Auswärtige hielt Graf Burian das angelegentlichste Exposé, in dem er u. a. ausführte:

Das zu schaffende Friedenswerk wird nicht von einem Tag zum andern errichtet werden, die Ausgestaltung der inneren Verhältnisse der Monarchie wird gleichzeitig gemacht werden. Siders will Arbeiten, die die Zukunft der Monarchie, da, wo dies als erforderlich erachtet, auf neue dauernde Grundlagen stellen sollen und begründete, geduldige Arbeit, patriotische Einigkeit überzeuge Verhältnisse und Opportunität der Völker erfordern werden.

Was die Zusammenfassung der zu den Friedensverhandlungen zu ersehenden Delegation anbelangt, so ist es klar, daß Beside freien ein gemeinsames schmerzliches Bekenntnis geben kann. Zu allen Fragen, die spezielle Kenntnisse voraussetzen, werden Fachmänner herangezogen werden. Empfohlen wird es wieder die Einigung eines aus den gelehrtsten Vertretern der verschiedenen Parteien zur Ermöglichung eines ständigen Kontakts mit den Völkern.

Amg vereint mit unferem treuen deutschen Bundesgenossen und mit der Türkei, die trotz der für sie durch das Ausgehen Bulgariens schwierigen Lage in der Erfüllung ihrer Bundespflichten ausbleibt, werden wir in die Verhandlungen eintreten. Wir werden bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen unser Vorgehen im steten gegenseitigen Einvernehmen mit unferen Verbündeten regeln. Die Lösung von Meinungsverschiedenheiten bei den Verhandlungen wird in einer gerechten Abwägung der unterschiedlichen Gesichtspunkte und in der kräftigen Verteidigung unserer nationalen Lebensbedingungen zu suchen sein.

Ueber das Problem des Völkerbundes und die damit zusammenhängenden Fragen sagte Burian: Die Schaffung einer Liga der Nationen bildet die Voraussetzung für das Zustandekommen eines Friedens der unparteilichsten Gerechtigkeit. Mit ihrer Aufrichtung wird die auf dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker beruhende Weltordnung ihre Endform finden. Die einheitliche Organisation der Staaten wird ihre Sanction in einer zu schaffenden überstaatlichen Völkergemeinschaft finden. Diese Organisation wird die Angehörigen der Liga, ihre politische Unabhängigkeit, ihre territoriale Integrität, ihre Rechtsgleichheit sichern und einen Schutz gegen Kombinationen zu bilden haben, die ihre wirtschaftlichen Interessen gefährden können. Die internationalen Schlichter werden Streitfragen zwischen den Angehörigen der Liga zu entscheiden haben. Wir sind bereit, in einer vollen Gewehr für einen unparteilichen Interessenschutz die besten Völkerverbündeten einzutreten.

Die Herabsetzung der Zölle, die Freiheit der Schifffahrt zur See, gehören für langem zu unferem Friedensprogramm. Den friedlichen freundschaftlichen Handelsverkehr mit allen Nationen wieder aufzunehmen, ist unfer aufwärtiger Wunsch.

Besüglich Polens erklärte der Minister: Unsere Bestimmungen Polen gegenüber sind unverändert. Wir wollen so die einseitige Herabsetzung der Rechte und Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie und im Einklang mit Deutschland unsere besten Bemühungen daranwenden, die Aufrichtung eines politischen Eintrages zu fördern und die auf das Wohl Polens gerichteten Bestrebungen der polnischen Regierung mit besten Kräften unterstützen.

Sodann besprach der Minister die Lage in Rumänien und der Ukraine.

# Die Oesterreicher und die Räumungsfrage.

Ueber die Räumung der von österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebiete wird aus Wien gemeldet: Die Monarchie hat vier besetzte Gebiete: Serbien, Italien, Rumänien und die Ukraine, deren Räumung bereits abgeschlossen wurde. Während die Räumung der Ukraine nicht so leicht vor sich gehen wird, wie man sich wohlwollend vielfach vorstellen mag. In allen diesen Gebieten hat die Monarchie Millionenwerte investiert. Auf dem serbischen und auch auf dem italienischen Kriegsschauplatz sind mit großem Kapitalaufwand wertvolle finanzielle und wirtschaftliche Einrichtungen getroffen, Fabriken und sonstige industrielle Betriebe errichtet oder wieder ins Leben geleitet worden, und es erscheint natürlich, daß man diesen Besitztümern nicht so leicht einen weiteren dem Gegner überlassen kann. Es wird sich darum als nötig erweisen, Bedingungen aufzustellen und eine Einigung zu erzielen.

Was den italienischen Kriegsschauplatz anbelangt, so sind die letzten Kämpfe beiseite möglicherweise beendet. Die Italiener haben sich jetzt gegenüber unferer Front gar nichts erziel, und die letzten Kämpfe sollten nur darin, daß die Italiener, trotzdem die Friedensstimmung auch bei ihnen immer mehr die Oberhand gewinnt, doch noch etwas erreichen möchten. Was jetzt ist es ihnen nicht gelungen, aus auch nur einem Fußstapfel Boden zu entziehen. Gegen das weitere Aufgehen der italienischen Truppen, die in Kenntnis der Friedensstimmung sind, den Italienern den gleichen freigegebenen Widerstand entgegen wie bisher. Die Besetzung Rumäniens hat die Aufgabe, die Besetzung des Friedens zu sichern. Hier spielt auch die Frage der Räumungsfrage eine wichtige Rolle, und auch hier erfordert die Räumungsfrage Zeit. Anders liegt die Frage bezüglich der Ukraine. Die Ukraine ist noch dem Selbstbestimmungsrecht ein vollkommen selbständiger Staat. Wir sind von der ukrainischen Regierung gebeten worden, ihr zur Sicherung des Landes Truppen zur Verfügung zu stellen. In der Ukraine kann man also nicht von einer Besetzung sprechen, und die eventuelle Zurückziehung der Truppen ist eine Frage, die zwischen der Ukraine und Oesterreich-ungarns beziehungsweise Deutschland bereitet werden muß.

# Aus aller Welt.

**Jahrbuch.** Bielefeld, 15. Oktober. Die Jahrbuch- und Papierfabrik in Dabbe bei Bielefeld ist in der vergangenen Nacht niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend, der Betrieb liegt still.

**Die Wälder in Amerika.** Nach einer Untersuchung aus Duluth sind bei den Waldbränden im nördlichen Wisconsin und Minnesota 800 Menschen umgekommen; 1300 sind obdachlos.

# Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

**Getreidemehl.** Freitag, vormittags 8—12 Uhr. Nr. 53001 bis 60000, nachmittags von 2—6 Uhr. Nr. 60001—67000. Je 1/2 Pfund für 38 Pf. in der Talammühle auf Abchnitt 2 der besondern Warenbezugskarte für Kinder bis 12 Jahren, Abchnitt 3 für Jugendliche von 12—17 Jahren, Abchnitt 3 für Personen über 70 Jahre.

**Wurst.** Freitag auf Abchnitt 3 des neuen Einkaufspreises über Wursterezeugnisse in den folgenden Stellen: Brodhäuser, Ludwigsstraße 28, Weger, Kellerstraße 5. Jungfrauen sind nur diejenigen, welche bei den Sorgenannten zur Kundenliste angemeldet sind. Jedes Kind von 6—12 Jahren 1/2 Pfund für 42 Pf. Die Abchnitte verlieren mit dem Tage des Austrufs ihre Gültigkeit. Nachträglicher Verkauf kann nicht mehr stattfinden.

# Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

- Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.
- In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.
- Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift. . . . . 15 Pf.
- Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 10 Pf.
- Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . 20 Pf.
- Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein
- Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei: Modenzeltung / Frauenzeltung / Praktische Damenmode Hausschneiderei/Sonntagszeltung / Deutsche Modenzeltung

# Unpreßhüte

weben angenommen.

## Umarbeitungen nach neuesten Formen.

Große Auswahl neuer Velour-, Samt- und Filzhüte.

# Freig Mösenthin

Burgstraße 1, gegenüber der Burg.

# ZOO

Heute abend 8 Uhr: Erstes 1894 Gesellschafts-Konzert.

Fast neue edle 1928 Möbel aller Art

Rüchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Wädräte, Vertikals, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfohlen.

R. Sahnke, Söbenstraße, völgner Str. 7.

# Stadt-Theater

Freitag, den 18. Oktober um 8.30 Uhr. Ende 1.45 Uhr

## Wer zuerst kommt

Zeitbild mit Gesang von Richard Wille, Musik von Leopold Waack.

Hierauf: Fidelio.

Oper von Beethoven.

Sonnabend: Wer zuerst kommt hierauf: Der Schöpler.

# Thalia-Theater

Lesung des städtischen Personalis

Sonntag, den 20. Oktober abends 7 1/2 Uhr: 1893

## Die goldene Eva.

Kulstiel von Schönhan u. Koppel-Giesel.

# Die Gleichheit

italienisch-französische Zeitschrift

eingetroffen.

Buchhandlung Volksstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

# Kaffegarten Trotha. Schuhe und Stiefel

Unterhaltungsmusik, Kaffee, Kuchen und Torten.

Freiberger Bier. [1927] Ergebenst ladet ein. Gutenberger Fruchtwain. [1907] werden befehlt und repariert. [1900] Burgstraße 48, p. z.